

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 248 – 18. März 2022

## Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

eine außergewöhnliche Sitzungswoche des Deutschen Bundestages geht zu Ende. Am Donnerstag hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj eine beeindruckende Rede vor dem Bundestag gehalten und von dem Krieg in seinem Land sowie der katastrophalen Lage in vielen ukrainischen Städten berichtet. In seiner Ansprache äußerte Präsident Selenskyj zugleich deutliche Kritik an der Bundesregierung. Viele Sanktionen gegen Russland kamen laut Selenskyj viel zu spät und seien nach wie vor unzureichend. An Bundeskanzler Olaf Scholz gerichtet, sagte Selenskyj: "Geben Sie Deutschland die Führungsrolle, die es verdient."

Link zum Video der Rede: <https://www.youtube.com/watch?v=S23qkn53tJ4>

Die Rede des ukrainischen Präsidenten hat mich nicht nur bewegt, sondern auch beschämt zurückgelassen. Denn bis zuletzt hat die Ampelkoalition den Vorschlag der Unionsfraktion abgelehnt, nach der Rede eine Aussprache über die Lage in der Ukraine und die deutsche Außenpolitik anzuschließen. Stattdessen ist Vizepräsidentin Göring-Eckardt einfach zur normalen Tagesordnung übergegangen, hat Geburtstagsgrüße verlesen und Wahlen und Benennungen bekannt gegeben. Die Unionsfraktion hat daraufhin erneut beantragt, die Tagesordnung um eine Debatte über die Lage in der Ukraine zu erweitern. Die Ampel-Koalition hat auch dies abgelehnt. Damit hat die Ampel nicht nur die Würde des Parlaments mit Füßen getreten, sondern auch eine unerhörte Respektlosigkeit gegenüber dem ukrainischen Präsidenten und seinem Land gezeigt.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

## **Ampel blinkt in alle Richtungen Debatte über Impfpflicht und Corona-Maßnahmen**

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag das erste Mal über konkrete Vorschläge zur Einführung einer allgemeinen Impfpflicht beraten. Während sich die Ampel mangels Einigkeit für

die Einbringung von fraktionsübergreifenden Gruppenanträgen entschlossen hat, hat die Unionsfraktion geschlossen einen Antrag zur Einführung eines Impfvorsorgegesetzes eingebracht.

Ich halte die Impfung nach wie vor für den besten und sichersten Weg aus der Pandemie und stehe der Einführung einer Impfpflicht daher grundsätzlich positiv gegenüber. Eine rechtssichere Umsetzung ist aus meiner Sicht derzeit jedoch nicht möglich. Eine Überlastung des Gesundheitssystems zeichnet sich zurzeit - trotz hoher Infektionszahlen - nicht ab. Nach dem Beschluss von Bund und Ländern sollen daher die meisten Corona-Maßnahmen zum 20. März entfallen. Darüber hinaus hat die Ampel mit ihrer Mehrheit in dieser Woche eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes durchgesetzt. Die gesetzliche Grundlage für die bundesweite Umsetzung tiefgreifender Corona-Maßnahmen wie beispielsweise die G-Regeln oder die Maskenpflicht in großen Teilen des öffentlichen Lebens (z.B. im Supermarkt) gibt es damit nicht mehr. Sie sollen nur noch regional in Corona-Hotspots möglich sein. Angesichts derzeit steigender Infektionszahlen halte ich es für höchst unklug, wirksame Instrumente der Pandemiebekämpfung gänzlich aus der Hand zu geben. Eine Kritik, die alle (!) 16 Ministerpräsidenten teilen und im Rahmen der letzten Ministerpräsidentenkonferenz deutlich gegenüber dem Bundeskanzler geäußert haben.

Die Einführung einer bundesweiten allgemeinen Impfpflicht, die mit erheblichen Grundrechtseinschränkungen einhergeht, ist auch vor diesem Hintergrund derzeit nicht verhältnismäßig und juristisch kaum begründbar. Auf der einen Seite nahezu alle Corona-Maßnahmen abschaffen und auf der anderen Seite das schärfste Schwert der Pandemiebekämpfung einführen (so wie dies große Teile der Ampel fordern), passt nicht zusammen.

Ich unterstütze daher den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Einführung eines Impfvorsorgegesetzes. Zentraler Bestandteil des Konzeptes ist neben einem abgestuften Impfmechanismus und einer verstärkten Impfkampagne ein Impfreister. Der abgestufte Impfmechanismus richtet sich nach Altersklassen und kann nach Bedarf in Kraft gesetzt werden. Ein solcher Impfmechanismus erlaubt eine relativ schnelle und rechtssichere Reaktion auf das weitere Geschehen und auch auf ggfs. weitere Virusmutationen.

## **SMS-Affäre um Anne Spiegel ist Protokoll des Totalversagens der Landesregierung in der Flutnacht**

Die SMS-Affäre um Anne Spiegel hat in dieser Woche nicht nur den Untersuchungsausschuss zur Flutkatastrophe im rheinland-pfälzischen Landtag, sondern auch den Deutschen Bundestag im Rahmen einer Aktuellen Stunde beschäftigt. Der SMS-Austausch zwischen der ehemaligen rheinland-pfälzischen Umweltministerin und heutigen Bundesfamilienministerin und ihrem Beraterstab belegt erneut, wie planlos die Landesregierung während der Flutkatastrophe agierte. Mehr noch: Spiegel sorgte sich am Morgen des 15. Juli um das eigene Image und nicht um die Opfer der Flut. Sie beschäftigte sich mehr mit der Frage, wie sie von ihrem Fehlverhalten ablenken kann als mit der Frage, wie man den Betroffenen schnellstmöglich helfen kann.

Das gleiche Bild zeigte sich bereits wenige Wochen zuvor als ein SMS-Austausch zwischen Ministerpräsidentin Dreyer und Innenminister Lewentz publik wurde. Die erste Frage von Dreyer

an ihren Innenminister war am Morgen des 15. Juli, ob Olaf Scholz für einen Wahlkampfauftritt ins Ahrtal kommen könne. Auch hier kein Wort des Mitgefühls oder ein Gedanke, welche Hilfsmaßnahmen zuerst in die Wege geleitet werden müssen.

Die SMS-Affäre zeigt das wahre Gesicht der Ampel-Regierung und wie es um die rheinland-pfälzische Koalition bestellt ist. Die SPD-geführte Landesregierung trägt nicht die alleinige Schuld an der Flutkatastrophe und der viel zu späten Warnung an die Bevölkerung der betroffenen Gebiete. Im Ahrtal hat auch der ehemalige Landrat eklatantes Fehlverhalten an den Tag gelegt; die Justiz wird dies aufarbeiten und klären. Im Unterschied zu den Ministern der Landesregierung wurde er von seiner Kreistagsfraktion jedoch zum Rücktritt bewegt. Er trägt nicht wie im Fall von Dreyer und Lewentz weiter Verantwortung oder wurde gar wie im Fall von Spiegel zur Bundesministerin befördert. Anne Spiegel hat in der Flutnacht verantwortungslos gehandelt. Sie ist damit nicht geeignet, das Amt der Bundesfamilienministerin weiter auszuüben.

## **Energiepreise: Echte Entlastung statt Bürokratiemonster**

Die steigenden Energiepreise waren in dieser Woche erneut Thema im Bundestag. Die Unionsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der konkrete Vorschläge zur Entlastung aller Bürger macht. Neben der einmaligen Erhöhung des Heizkostenzuschusses, den die Ampel in dieser Woche beschlossen hat, fordern wir die Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent. Gleiches fordern wir für die Kraftstoffpreise.

Unnötig kompliziert ist dagegen der Vorschlag von Bundesfinanzminister Lindner, der in dieser Woche vorschlug, dass beim Bezahlen an der Tankstelle vom Gesamtbetrag ein Rabatt abgezogen werden soll. Der Tankwart soll die Quittung anschließend beim Finanzminister einreichen. Dieser Vorgang ist ein Bürokratiemonster und wird daher wenig verwunderlich von manchem Ökonomen als "eine der absurdesten Ideen aus den letzten 20 Jahren" betitelt.

Unsere Maßnahmenvorschläge würden dazu führen, dass der Spritpreis unmittelbar um 40 Cent sinkt. Angesichts der Steuermehreinnahmen, die der Staat aufgrund der explodierenden Preise derzeit einnimmt, halte ich diese Entlastung nicht nur für notwendig, sondern auch für finanzierbar. Derzeit belaufen sich diese Steuermehreinnahmen auf mehr als 400 Millionen Euro pro Woche.

## **Besuch bei EG Plastic in Dreis-Brück**

In der vergangenen Woche war ich zu Besuch beim Unternehmen EG Plastic in Dreis-Brück. Der Betrieb produziert im Jahr mehr als 200 Millionen Kerzenhüllen für Teelichter sowie weitere 10 Millionen technische Artikel aus allen gängigen Thermoplasten. Im Gespräch ging es auch um den vorübergehenden Stopp des ZIM-Förderprogramms, das für viele mittelständische Unternehmen wichtig ist. Hier muss die Ampel schnell eine Lösung finden.

## **Besuch beim THW Bitburg**

Ebenfalls in der vergangenen Woche habe ich das THW in Bitburg besucht. Das THW war in den vergangenen Monaten stark gefordert: Von der Corona-Pandemie bis zum andauernden Einsatz in den vom Hochwasser betroffenen Gebieten leistet das THW unermüdlichen Einsatz für das Gemeinwohl. Vielen Dank für das großartige Engagement!

## **Gespräch mit dem RCDS Rheinland-Pfalz**

Mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des RCDS Rheinland-Pfalz Maximilian Kosing habe ich mich in meinem Berliner Büro zum Austausch getroffen. Wir haben uns über die aktuelle Lage an den Universitäten und Hochschulen ausgetauscht.

Impressum gem. § 5 TMG :  
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
Patrick Schnieder MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 227 71884  
E-Mail: [patrick.schnieder@bundestag.de](mailto:patrick.schnieder@bundestag.de)

